

SPD-Rathausfraktion

CDU-Rathausfraktion

FDP-Rathausfraktion

Rathausfraktion Bündnis 90/Die Grünen/ALN

Rathausfraktion Bündnis für Bürger

Stadt Neumünster
Herrn Stadtpräsidenten Friedrich-Wilhelm Strohdiek
Neues Rathaus
24534 Neumünster

Neumünster, 14.03.2011

Ratsversammlung am 29.03.2011

Sehr geehrter Stadtpräsident,

wir bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung am 29.03.2011 zu setzen.

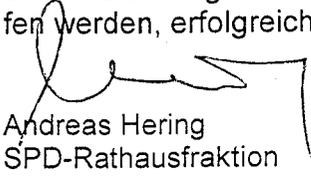
Vielen Dank!

Die Ratsversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Neumünster begrüßt die Arbeit des Mehrgenerationenhauses ausdrücklich.
2. Sie unterstützt das Diakonische Werk in der Fortsetzung der Arbeit im Volkshaus Tungendorf im Rahmen des Förderprogramms Mehrgenerationenhaus und bittet um Bewerbung für das Folgeprogramm des Bundes in Form der Interessenbekundung. Landes- und Bundespolitiker werden gebeten, sich für das Mehrgenerationenhaus im Volkshaus einzusetzen.
3. Darüber hinaus bittet die Ratsversammlung die Diakonie, darzustellen, wie nach Ablauf der Förderperiode 2014 eine dauerhafte Weiterführung des MGH im Volkshaus ohne Fördermittel sichergestellt wird.
4. Schon vor der Bekanntgabe, ob die Bundesförderung weiter läuft oder nicht, soll aktiv die erforderliche Kofinanzierung eingeworben werden. Wenn das auf Landesebene nicht gelingt, sollen die Stadt Neumünster und die Diakonie Altholstein ins Gespräch kommen, um über die Realisierung der kommunalen Eigenmittel zu diskutieren. Die zukünftige Vertragsgestaltung wird dabei zu diskutieren sein.

Begründung:

Das Mehrgenerationenhaus stößt bei den Menschen auf einen hohen Zuspruch. Es bietet den Rahmen für eine lebendige Nachbarschaft und Begegnungen der Generationen. Um die Chance einer Förderung bis 2014 zu ermöglichen, soll mit diesem Antrag die Voraussetzungen geschaffen werden, erfolgreich einen Folgeantrag zu stellen.



Andreas Hering
SPD-Rathausfraktion



Sabine Krebs
CDU-Rathausfraktion



Stefan Kommos
FDP-Rathausfraktion



Sebastian Fricke
Rathausfraktion Bündnis 90/
Die Grünen/ALN



Jörn Seib
Rathausfraktion Bündnis für Bürger

FDP-Rathausfraktion

Ergänzungsantrag zur Investitionsmaßnahme Nr. 11101

Wippendorfschule, Umbau Nutzung EHK

Vor Umsetzung der Maßnahme ist zunächst ist inhaltliches Konzept vorzulegen und in den zuständigen Gremien und abschließend in der darauf folgenden Ratsversammlung zu beraten.

Begründung

Der Selbstverwaltung ist derzeit nicht bekannt, welche konkreten Maßnahmen umgesetzt und welche Ziele mit dieser Investition erreicht werden sollen.

Ergänzungsantrag zum Stellenplan
Drucksache Nr.: 0712/2008/DS

Der Antrag wird um einen Punkt 2. ergänzt, der folgenden Wortlaut hat:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, bis zur Vorlage des nächsten Stellenplans 2013/2014, Personalkosteneinsparungen in erheblicher Größenordnung vorzunehmen.

Der Ratsversammlung ist halbjährlich darzustellen, mit welchen konkreten Maßnahmen (Wegfall von Aufgaben und Konzentration auf gesetzliche Pflichtaufgaben, Umsetzen von Mitarbeiter/Innen, etc.) dies jeweils erreicht werden soll.

Begründung:

Im Haushaltskonsolidierungskonzept vom November 2010 ist die innere Verwaltung weitgehend unangetastet geblieben. Um jedoch das immer noch vorhandene strukturelle Defizit in einem zweiten Schritt weiter zu reduzieren, ist es unumgänglich, in diesem Bereich zu deutlichen Kostensenkungen zu kommen.

Die Entwicklung der Anzahl der Stellen von 2003/2004 auf 2011/2012 von 1161 auf 1018 Stellen (dargestellt in der Drucksache Nr.: 0712/2008/DS, Seite 3) verdeutlicht, dass eine Reduzierung der Kosten durchaus möglich ist.



CDU Kreisverband
Neumünster

Rathausfraktion

CDU-Kreisverband, Kieler Str. 20, 24534 Neumünster

Antrag zum Haushalt 2011/2012 bzw. Stellenplan

Der Oberbürgermeister wird gebeten, umgehend eine fachdienstübergreifende Koordinierung „Demographiemanagement“ einzurichten.

Das Demographiemanagement soll u. a. folgende Ziele/Aufgaben umsetzen:

- Erarbeitung / Fortschreibung einer demographischen Entwicklungsplanung auf einer fachdienstübergreifenden Datengrundlage und Erarbeitung von konkreten Handlungsempfehlungen (u.a. Welche strukturellen Veränderungen kommen in den nächsten Jahren auf unsere Stadt zu? Welche Entwicklung des demographischen Wandels kann man und in welchem Umfang beeinflussen? Welche konkreten Maßnahmen sind bereits gelaufen, welche kann die Stadt Neumünster noch ergreifen und leisten?)
- notwendige Rückschlüsse zu den Folgen des demographischen Wandels u.a. auf Schulen und weitere Bildungseinrichtungen, Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, öffentliche Einrichtungen und Angebote, Infrastruktur
- Beratung von Verwaltung und Politik in aktuellen Handlungsfeldern

Dabei sind kommunale Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wohnungswirtschaft, Institutionen, Vereinen und Verbänden und Stadtteilbeiräten einzubeziehen.

Startpunkt der Arbeit sollte eine Demographiekonferenz sein, in der Ausgangslage und die wesentlichen Handlungsfelder beraten werden. Das Abschlussergebnis könnte in einer öffentlichen Veranstaltung im Sinne einer Bürgerversammlung dargestellt werden.

Eine erste Bestandaufnahme und erste Handlungsempfehlungen sollten bis spätestens zum 30.11.2011 vorliegen, Das Demographiemanagement ist zunächst bis zum 31.12.2012 befristet. Es ist zu prüfen, inwieweit für mögliche Maßnahmen Projekt- und Fördermittel eingeworben werden können.

Die Aufgabe „Demographiemanagement“ wird, sofern nicht sie nicht durch Zuweisung zu einer bestehenden Aufgabe erledigt werden kann, verwaltungsintern besetzt und haushaltsneutral umgesetzt.

Die Zusammenlegung mit der vom Oberbürgermeister geplanten Stelle des / der Integrationsbeauftragten ist zu prüfen.

Über die Ergebnisse ist mindestens der Ratsversammlung jährlich Bericht zu erstatten.

Begründung erfolgt mündlich.

Sabine Krebs
und Fraktion

R a t h a u s f r a k t i o n

**CDU** Kreisverband
Neumünster

CDU-Kreisverband, Kieler Str. 20, 24534 Neumünster

**Antrag zum Konto 281012001.7817000
Zuschuss Umbau Gemeinschaftshaus Gartenstadt**

Ansatz 2011 97.000 Euro

Der Zuschuss wird unter folgender Maßgabe gewährt:

1. Der Finanzierungsplan des Vereins muss von der finanzierenden Bank bestätigt und vorgelegt werden. Gleichzeitig ist eine aktuelle Nutzungskonzeption vorzulegen.
2. Der Zuschuss von 97 000 € wird - auf Anforderung - entsprechend dem Baufortschritt schrittweise durch den Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss freigegeben.

Begründung:

Das Gemeinschaftshaus ist **der** Anlaufpunkt in der Gartenstadt. Der Verein ist der Träger des Umbaus des Gemeinschaftshauses. Er bemüht sich seit Jahren, dieses Bauvorhaben zu realisieren und ersucht die Stadt um einen Zuschuss in Höhe von 97 000 €. Dieser Betrag muß im Interesse aller abgesichert sein.

Helga Bühse
und Fraktion

R a t h a u s f r a k t i o n**CDU**Kreisverband
Neumünster

CDU-Kreisverband, Kieler Str. 20, 24534 Neumünster

**Ergänzungsantrag zum Haushalt 2011 / 2011
FD 60 1501**

Die Verwaltung wird aufgefordert, offensiv den Kontakt zu städtischen Tochterunternehmen und anderen Investoren zu suchen, mit dem Ziel, das Kinderferiendorf weiterhin für die Kinder unserer Stadt zu erhalten, aber den städtischen Haushalt in Bezug auf die Sanierung / den Neubau und den weiteren Betrieb zu entlasten.

Dafür sind weitere Aktivitäten und Vermarktungsmöglichkeiten, die über die jetzige Nutzung hinausgehen zu prüfen:

Diese könnten sein:

- Familientübernachtungen in kleinen Hütten für Fahrradtouristen (Ochsenweg)
- Unterkünfte für Menschen mit Behinderungen
- Seminarzentrum
- Angebote für Klassenfahrten
- Angliederung eines Waldkindergartens
- Kooperation mit dem Tierpark und dem Bad Am Stadtwald

Begründung:

Die Hütten im Kinderferiendorf sind schon seit Jahren in einem nicht mehr zeitgemäßen Zustand.

Die Möglichkeit, dass die Stadt dort in 3 oder 4 Jahren (siehe Finanzplan 2014 / 2015) für ca. 1,6 Mio ein neues Feriendorf errichtet erscheint vor dem Hintergrund der kommunalen Finanzen als unwahrscheinlich.

Deshalb sind dringlich andere Möglichkeiten zu prüfen.

Sabine Krebs
und Fraktion

29.6 a)



CDU Kreisverband
Neumünster

R a t h a u s f r a k t i o n

CDU-Kreisverband, Kieler Str. 20, 24534 Neumünster

Antrag zum Investitionsplan FD 60 2112 und 2213 Gemeinde- und Kreisstraßen

Es wird beantragt, die nachfolgend aufgeführten Verschiebungen bzw. die nicht Durchführung von Maßnahmen zu beschließen, um für 2011 1,2 Mio Euro und für 2012 1,6 Mio Euro für die dringenden Sanierungen von Gemeinde- und Kreisstraßen zur Verfügung zu stellen.

Sollte die Verwaltung in 2011/2012 andere Vorschläge für Verschiebungen oder nicht Durchführung von Investitionen machen, sind diese dem Bau- Planungs- und Umweltausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen. Die Investitionssumme für die Sanierung von Gemeinde- und Kreisstraßen von 1,2 Mio Euro in 2011 und 1,6 Mio Euro in 2012 ist zu erreichen.

Begründung:

Seit Jahren wird für die Gemeinde- und Kreisstraßen nur das Allernotwendigste getan.

Viele Bürger sind unzufrieden über den Straßenzustand in ihrer unmittelbaren Umgebung.

Deshalb sollte unser Hauptaugenmerk in den nächsten zwei Jahren auf die Reparatur bzw. Sanierung dieser Straßen gerichtet sein.

Anlage: Exelliste

**Helga Böhse
und Fraktion**

FD 60 3501EUWRRL

Ansatz 2011 17500 Ansatz 2012 349000

Neu:

Ansatz 2011 0 Ansatz 2012 0

Begründung: verschieben auf 2013 - soll erst 2015 fertig sein

1

FD 60 8403 Sportplatz Volkshaus Unterstände

Ansatz 2011 60000 Ansatz 12 0

Neu:

Ansatz 2011 0 Ansatz 12 0

Begründung: lt. Pachtvertrag hat SVT die vollen Unterhaltskosten zu tragen

2

FD 60 2105 B-Plan 217 Roschd. Weg/Stoverbergsk.

Ansatz 2011 50000 Ansatz 2012 390000

Neu:

Ansatz 2011 0 Ansatz 2012 0

Begründung: verschieben auf 2013, noch keine 80%ige Bebauung

3

FD 60 2106 Meßtorffweg

Ansatz 2011 50000 Ansatz 2012 150000

Neu:

Ansatz 2011 0 Ansatz 2012 50000

Begründung: verschieben um 1 Jahr

4

FD 60 2107 Seekamp

Ansatz 2011 30000 Ansatz 2012 250000

Neu:

Ansatz 2011 0 Ansatz 2012 0

Begründung: verschieben auf 2013

5

FD 60 2214 Wittorfer Str.

Ansatz 2011 290000 Ansatz 2012 0

Neu:

Ansatz 2011 0 Ansatz 2012 0

Begründung: verschieben auf 2013

6

FD 60 2215 Boostedter Str.

Ansatz 2011 0 Ansatz 2012 400000

Neu:

Ansatz 2011 0 Ansatz 2012 0

Begründung verschieben auf 2013

7

FD 60 2611 MW Mestorffweg			
Ansatz 2011	85000	Ansatz 2012	0
Neu:			
Ansatz 2011	0	Ansatz 2012	85000
Begründung verschieben auf 1 Jahr			

8

FD 60 2703 RW			
Ansatz 2011	300000	Ansatz 2012	300000
Neu:			
Ansatz 2011	0	Ansatz 2012	0
Begründung verschieben auf 2013, ist ökologisch zu vertreten			

9

FD 60 2713 RW			
Ansatz 2011	15000	Ansatz 2012	200000
Neu:			
Ansatz 2011	0	Ansatz 2012	0
Begründung verschieben bis 2013, ist ökologisch zu vertreten			

10

FD 60 2716 RW			
Ansatz 2011	160000	Ansatz 2012	0
Neu:			
Ansatz 2011	0	Ansatz 2012	0
Begründung verschieben auf 2013, ist ökologisch zu vertreten			

11

FD 60 31220 Stadtpark vermessen u. kartieren			
Ansatz 2011	10000	Ansatz 2012	0
Neu:			
Ansatz 2011	0	Ansatz 2012	0
Begründung wünschenswert, aber z.Zt. nicht notwendig			

12

FD 31222 Ökokonto Ostbahn			
Ansatz 2011	5000	Ansatz 2012	40000
Neu:			
Ansatz 2011	0	Ansatz 2012	0
Begründung verschieben auf 2014, erst wenn die Parzellen an die Stadt zurückfallen, kann weiter geplant werden			

13

FD 60 31223 Freifläche Tuch und Technik			
Ansatz 2011	0	Ansatz 2012	50000
Neu:			
Ansatz 2011	0	Ansatz 2012	0
Begründung			
Gesamtkosten 385 000, Vorhaben z.Zt. in diesem Umfang nicht realisierbar			

14

FD 60 3502 Durchlass Schleusau

Ansatz 2011	300000	Ansatz 2012	0
-------------	--------	-------------	---

Neu:

Ansatz 2011	100000	Ansatz 2012	0
-------------	--------	-------------	---

Begründung BV reduzieren, nicht alles Fördermaßnahme EUWRRL
städt.Gesamtkostenanteil höchstens 100.000, außerdem noch
erhebliche Restmittel vorhanden

15

FD 60 3505 Wehranlage Dosenbek

Ansatz 2011	20000	Ansatz 2012	20000
-------------	-------	-------------	-------

Neu:

Ansatz 2011	0	Ansatz 2012	0
-------------	---	-------------	---

Begründung Planfeststellung erforderlich, Eigentumsrechte
betroffen. Verschieben a auf 2013

16

29.6 b)

SPD - Statistik

29.08.2011

Antrag zu dem CAU-Budget
"Investitionsantrag 710 60 ..."

1. Die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen
Nr. 1, 5, 7, 9 bis 16 werden - wie von
der CAU vorgeschlagen - 2011 und 2012
nicht oder nur mit einem ^{reduzierten} Betrag in den
Haushalt aufgenommen.

2. Die Maßnahmen Nr. 2, 3, 4, 6 und 8
werden mit einem Sparvermerk versehen.
Freigabe durch Spar-, Kamm- und
Umstellungsmass.

3. ~~Der Investitionsplan wird folgende
neue Maßnahmen ausserplanmässig:~~
"Sanierung, Erneuerung und Verputzung
von ~~Binnen- und~~ ^{der} ~~und~~ ^{weitere} ~~und~~ ^{über} ~~den~~ ^{den} ~~Planmässigen~~ ^{Ma-}
massnahmen ~~ausserplanmässig~~,
nämlich 2011 - 677.500 E,
2012 - 1.293.000 E

SPD Rathausfraktion

Anträge zum Haushalt 2011/2012:

	2011	2012
1. Fortführung/Einrichtung von Familienzentren zum Produkt 36101 „Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege“.	50.000,00 €	80.000,00 €
2. Bildungsplanung/Projektmittel (vgl. den Antrag der SPD-Fraktion zur Ratsversammlung am 29.03.2011) zum Produkt 24301 „Sonstige schulische Aufgaben“.	0,00 €	30.000,00 €
3. Betreuung unter 3-Jähriger (Anhebung der Zielmarke des zu erreichenden Versorgungsgrades von bisher 28 % auf 31 %) zum Produkt 36501 „Tageseinrichtungen für Kinder“ Gegenfinanzierung erfolgt weitgehend durch erhöhte Landesmittel.	50.000,00 €	50.000,00 €
4. Mittagsverpflegung bei Schulen ohne Mensa zu den Produkten 31201 „Grundversorgung für Arbeitssuchende, 31101 „Grundsicherung und Hilfen nach dem SGB XII“, 34501 „Bildung und Teilhabe nach § 6 Bundeskindergeldgesetz und 31501 „Soziale Einrichtungen“.	50.000,00 €	0,00 €
5. Städtische Planung für „Seniorenrechtliches Wohnen“ in Neumünster (Stadtteil-/quartierbezogen) im Rahmen der Altenplanung zum Produkt 31501 „Soziale Einrichtungen“.	20.000,00 €	0,00 €
6. Schulmittelfonds (Schulranzen usw.) zum Produkt 33101 „Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege“.	10.000,00 €	10.000,00 €
7. Maßnahme „Freiflächeumgestaltung Museum Tuch und Technik“, B 228, Maßnahme Nr. 31223 (2012: 50.000 €; 2013: 250.000 €)		streichen
8. Zum Stellenplan:		

Die 3 neu und zusätzlich nach dem Entwurf einzurichtenden Planstellen zum Teilplan 12601 (Feuerwehr), 00372-49 und 00372-73 und 74, werden mit einem Sperrvermerk versehen.
Freigabe erfolgt durch Ratsversammlung.

Der Oberbürgermeister soll mit dem Fachdienst vorerst eine Lösung finden, wie die Aufgabenwahrnehmung übergangsweise – wie bisher - ohne Besetzung der neuen Planstellen gewährleistet werden kann.